II. Weiterentwicklung von Handlungsschwerpunkten aus dem Bildungsbericht 2009

Im kommunalen Bildungsplan 2009 (DS Nr. 1106/2009) wurden für die Stadt Hannover Handlungsschwerpunkte definiert. Im Rahmen des regelmäßigen Im Folgenden werden wesentliche und neue Programme und Prozesse zu den Handlungsschwerpunkten in einem kurzen Überblick dargestellt.

Handlungsschwerpunkt Mütter, Väter, Eltern

Programm Elternbildung

Starke und bildungsbewusste Eltern sind Garanten für mehr Bildungsgerechtigkeit und höhere Bildungschancen ihrer Kinder. Der Elternbildung kommt deshalb im Gesamtsystem Bildung, Betreuung und Erziehung eine Schlüsselfunktion zu, durch die Bildungsprozesse initiiert werden können.

Die Stadt hat sich aufbauend auf diesem Leitgedanken zum Ziel gesetzt, mit zugehenden Angeboten der Elternbildung, der Begrüßungsarbeit und der frühen Hilfen, Familien in prekären Lebenslagen besser zu erreichen (DS Nr. 0104/2011).

Folgende zielgruppenspezifisch ausgerichtete Angebote und Angebotsstrukturen wurden und werden weiterentwickelt oder ergänzt:

- Entlastende Angebote für allein erziehende Eltern: Kinderbetreuung am Abend und Wochenende (z.B. Vahrenheider Familiennachmittage am Wochenende)
- 8 GemeinsamWachsen Gruppen: Ein Angebot für Eltern mit Kindern ohne Betreuungsplatz (von 0-3 Jahren und/ oder mit Migrationshintergrund). Ein Kooperationsprojekt zwischen Familienzentren und der städt. Jugend- und Familienberatung (gefördert von der Heinz und Heide Dürr Stiftung und durch das das Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration / Familienförderung)
- Fortführung der Begrüßungsbesuche im gesamten Stadtgebiet in Kooperation mit den hannoverschen Familienbildungsstätten (Gefördert durch das Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration / Familienförderung)
- Gezielte Koordination und Verknüpfung der Angebote im Sozialraum und eine Übersicht der Angebote im und über den Sozialraum hinaus (Mittelfeld, List Nord Ost u.a.)
- Elternnetzwerke und niederschwellige offene situationsorientierte Angebote die alltagstaugliche familienanaloge Situationen aufgreifen und Selbstbildungsprozesse initiieren (einrichten von Elterntreffs in Vahrenheide Ost und List Nord Ost gefördert durch das Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration / Familienförderung)
- Angebote für Väter im Stadtteil und für Väter mit Migrationshintergrund
- Gezielte Weiterentwicklung fachlicher Konzepte und der Kooperation, sowie die Entwicklung von Erfolgs- und Qualitätskriterien (in weiteren Gebieten mit besonderem sozialem Handlungsbedarf)

Integrierte Ziele sind darüber hinaus die Optimierung vorhandener Ressourcen, das Erreichen weiterer Zielgruppen sowie die Weiterentwicklung von Zugangskonzepten.

Die Angebotsstruktur soll unter Beteiligung der im Sozialraum aktiven Einrichtungen und Personen weiterentwickelt werden mit dem Ziel, insbesondere solche Familien besser zu erreichen, die bisher von diesen Angeboten weniger angesprochen wurden.

Für das Maßnahmenpaket im Rahmen der Elternbildung bringt die Stadt jährlich rund 110.000€ auf

Mit Familien für Familien: Familienkonferenzen

„Klink dich ein!“ Unter diesem Motto werden seit April 2012 Familienmenschen jeden Alters aufgefordert, sich unmittelbar mit ihren Wünschen und Ideen (bis hin zu ganz handfesten Aktivitäten) in die Entwicklung der Familienfreundlichkeit Hannovers einzubringen.

Hinter diesem Aktivierungs- und Beteiligungsangebot steht das Konzept Familienkonferenzen (Informationsdrucksache 0125/2012). Anknüpfend an die familienpolitischen Empfehlungen aus dem Prognos-Gutachten 2008 sieht die hannoversche Strategie zur Weiterentwicklung der Familienpolitik für 2012 bis 2014 die Intensivierung des Dialoges mit Familien vor. Die Familienkonferenzen werden in sechs Pilotstadtteilen sozialraumbezogen und themenoffen durchgeführt. Parallel dazu gibt es themenbezogene Familienkonferenzen für das gesamte Stadtgebiet.

Je nach Zusammensetzung der Gruppen und Themen kommen verschiedene Methoden und Moderationstechniken zur Anwendung. In Kleingruppen wird eine kreative Arbeitsatmosphäre geschaffen, in der die TeilnehmerInnen miteinander Ideen entwickeln und Schwerpunkte setzen können – unabhängig von ihrem Bildungsstand, ihrer Lobby oder rhetorischen Fähigkeiten.

Familienkonferenzen zu einzelnen Themen werden in Kooperation mit Fachstellen innerhalb der Verwaltung durchgeführt (zum Beispiel zur frühkindlichen Bildung für Kinder aus Zuwandererfamilien: Bereich Kindertagesstätten und Heimverbund). Familienkonferenzen in den Stadtteilen werden zusammen mit den StadtbezirksmanagerInnen und JugendbildungskoordinatorInnen entwickelt – und mit den AkteurInnen vor Ort (z. B. Stadtteilzentren, Vereine, Kirchengemeinden, Familienzentren). Den Austausch der ExpertInnen und MultiplikatorInnen ermöglicht das jährlich stattfindende Forum Familie – Praxis. Die Auswahl der Pilotstadtteile wurde auf der Basis des Familienmonitorings 2011 getroffen: Bemerode, Linden-Süd, Nordstadt, Südstadt, Vahrenwald und Wettbergen sind die Standorte, die repräsentativ die verschiedenen Milieus und Sozialräume von Familien im Stadtgebiet abbilden.

Die Familienkonferenzen haben Bildungsfragen zum Inhalt, stellen aber auch selbst ein Bildungsangebot dar. BürgerInnen und Profis bringen Verbesserungsvorschläge und neue Ideen zu (teilweise unkonventionellen) Lernformen, -angeboten und -orten ein oder entwickeln sie gemeinsam im Gespräch. Gleichzeitig lässt sich der Bekanntheitsgrad vorhandener Angebote überprüfen – denn vielfach fehlt nicht die Infrastruktur, sondern das Wissen darüber oder über die Zugänge.

Ein zentrales Thema der Familienkonferenzen ist das Zusammenleben der Generationen. Es geht darum, unterschiedliche Bedürfnisse und Lebenssituationen in der Nachbarschaft wahrzunehmen und in den alltäglichen Umgang miteinander einzubeziehen – über die konkreten Aushandlungssituationen während der Familienkonferenz hinaus. Familienkonferenzen sind also auch Orte, an denen man voneinander lernt und soziale Kompetenzen entwickelt. Im Stadtteil Bemerode zum Beispiel konnten Schulklassen ihre Interviews im Stadtteil aus einem Gewaltpräventionsprojekt als Beitrag in die Familienkonferenz einbringen.

Bei den Familienkonferenzen erfahren die TeilnehmerInnen Gestaltungsmöglichkeiten und erleben verschiedene Ansätze für demokratische Teilhabe ganz konkret vor Ort.

Kindertagesstätten als Familienzentren

Seit dem Jahr 2006 werden in Hannover Kindertagesstätten (Kitas) zu Familienzentren (FZ) weiterentwickelt. Trägerübergreifend werden in Stadtteilen mit besonderem sozialen Handlungsbedarf 27 Kitas als Familienzentren betrieben, erreicht werden damit rund 2700 Kinder mit deren Müttern, Vätern, Eltern.
In allen 13 Stadtbezirken gibt es inzwischen mindestens ein Familienzentren (siehe DS Nr. 1051/2009).
Die FZ werden für diese Arbeit mit zusätzlichen Personal- und Sachmitteln von der Stadt gefördert, mit einem Gesamtansatz von rd. 1,1 Mio. € jährlich. Dadurch wird die Arbeit in Kindertagesstätten um familien- und kinderunterstützende Angebote erweitert.
Die wesentlichen konzeptionellen Ziele der Familienzentren umfassen:

- Bildungspolitische Aspekte- Frühkindliche Entwicklung individuell fördern, Bildung und Erziehung von Anfang an, Chancengerechtigkeit ermöglichen, Integration fördern
- Elternbeteiligung und –bildung integrieren- Erziehungsfähigkeit der Eltern stärken.
- Familienpolitische Aspekte- Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bewusste Familienplanung anregen
- Erwerbstätigkeit fördern – Hilfestellung zum Abbau staatlicher Transferleistungen
- Gesundheitspolitische Aspekte- Prävention durch Erkennen von gesundheitsschädlichen Faktoren und Einüben von gesundheitsförderlichem Verhalten
- Eigenverantwortlichkeit von Müttern und Vätern erfahren und stärken
- Netzwerk Aspekte- Verbesserung struktureller und sozialräumlicher Zusammenarbeit, Optimierung der Nutzung bestehender Ressourcen
- Kooperationen und fachübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen von familienunterstützenden Angeboten

Auf dieser Grundlage sind in den einzelnen Familienzentren sehr vielfältige Angebote für Kinder und ihre Familien entstanden.
Die bestimmende Maxime in der Pädagogik ist dabei die Abkehr vom „defizitären Blick“ auf Eltern, Mütter, Väter und Kinder. Eine Orientierung an Potenzialen und Möglichkeiten sowie Offenheit und Kreativität in den Methoden sind handlungsführend für alle Angebote.

Sprachbildung in Kitas

Seit 2003 erhalten Kinder im Kindergarten (3-6 Jahre) Sprachförderung. Seit 2005 wird das ganzheitliche Konzept "Flächendeckende Sprachförderung" umgesetzt, das neben der Sprachförderung von Kindern auch Elternbildungskonzepte integriert (siehe DS Nr. 0463/2012).
Das Gesamtkostenvolumen von jährlich 3,35 Mio. € umfasst verschiedene Förderungen durch Bund, Land und Stadt Hannover mit folgenden Bausteinen:

<u>Frühe Chancen, Sprache und Integration</u>
Mit dem Ziel "Bildung von Anfang an" erhalten 41 Kitas zusätzliche Personal- und Sachkosten für Sprache und Integration in der Einrichtung. Schwerpunkt ist die Arbeit mit Kindern unter drei Jahren.
Das Programm wird mit einer Gesamtsumme von rd. 1,1 Mio. € vom Bund bis 2014 gefördert.

<u>Sprachbildung und Sprachförderung</u>
Wurde konzeptionell zu Beginn der Sprachförderung der Schwerpunkt auf eine individuelle Förderung der Kinder gelegt ist es durch die neuen Rahmenrichtlinien des Landes das Ziel, das komplette Team in einer Einrichtung für eine Sprachbildung und Sprachförderung zu schulen. Über den Weg der Fortbildung, Prozessbegleitung und Qualifizierung soll Sprachbildung ein integraler Bestandteil der täglichen Kita-Arbeit werden. Mit dem Ziel, das Fachwissen über Sprachentwicklung/Sprachbildung, Sprachförderung und die Reflexion des

eigenen Sprachverhaltens in Form eines konzeptionellen Prozesses in den jeweiligen Kita-Teams zu verankern.

19 Kitas erhalten zurzeit eine anderthalbjährige Schulung, anschließend werden neue Kitas im Team geschult.
Das Land fördert dieses Programm mit jährlich 665.000 €.

Flächendeckende Sprachbildung und –förderung/ Rucksackkitas
"Rucksack" ist ein kombiniertes Elternbildungs- und Sprachförderprogramm im Kindergarten. Mütter werden qualifiziert, die "Rucksackmaterialien" mit ihren Kindern zu Hause in der Erstsprache durchzuarbeiten. In der Kita werden die Materialien im Gruppenalltag parallel in Deutsch bearbeitet.
Dafür erhalten insgesamt 39 „Rucksackkitas“ zusätzliche Personalstunden und Fortbildungen.
Das Programm wurde mit dem Konzept „Griffbereit“ für Kinder unter 3 Jahren ausgeweitet. Mit einem niedrigschwelligen Ansatz werden Mütter und Familien mit Migrationshintergrund erreicht, die das Krippenangebot nicht wahrnehmen. Für diese Gruppen wurden entsprechende Materialien zur Verfügung gestellt und es erfolgt eine Qualifizierungen der Elternbegleiterinnen. Zurzeit gibt es 16 „Griffbereitgruppen“ in "Rucksackkitas.
Die Stadt fördert dieses Programm mit insgesamt rd. 1.6 Mio. €

Handlungsschwerpunkt Ganztagsangebote im Grundschulalter

Ausbau von Ganztagsgrundschulen

Mit der Drucksache Nr. 2177/2009 „Ausbau von Ganztagsgrundschulen“ hat die Stadt Hannover die Grundlage geschaffen, durch die Einrichtung von Ganztagsschulen die Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder entscheidend zu verbessern. Die Förderung der Chancengerechtigkeit aller Kinder, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft sowie ihrem Geschlecht, ist dabei ein wichtiges Ziel. Zudem sollen die Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden.

Mit der Verabschiedung des Haushaltsplans 2011 wurde zudem beschlossen, das Ausbaukonzept dahingehend zu erweitern, dass zum Schuljahr 2012/2013 insgesamt 25 der 56 Grundschulen als Ganztagsschulen eingerichtet sind. Dieses Ziel wurde erfüllt. Das Programm soll zudem in den nächsten Jahren so ausgebaut werden, dass jede Grundschule, die Ganztagsschule werden möchte, aufgenommen werden kann.

Die Schulen werden aufgrund der Landesgesetzgebung als offene Ganztagsschulen geführt. Zwei Grundschulen können aufgrund ihrer langjährigen Anerkennung als Ganztagsschule als teilweise offene Ganztagsschulen geführt werden.

Vor dem Start der Ganztagsschule werden ausführliche Handlungskonzepte erstellt, die die Einschätzungen und Interessen der Schule, der Kinder und Eltern sowie der Einrichtungen des Stadtteils berücksichtigen. Auf dieser Grundlage wird den Kindern Zeit für Mittagessen, Ruhepausen und Hausaufgaben ermöglicht. Die Arbeitsgemeinschaften berücksichtigen die Interessen der Kinder an Sport, Kultur, Zirkus, Medien, Fremdsprachen, Kochen etc. Bei Bedarf können die Kinder auch im Früh- und Spätdienst betreut werden, so dass die Ganztagsschule den Kindern von 7– 17 Uhr zur Verfügung steht.

Für die pädagogische und organisatorische Umsetzung sowie für die Weiterentwicklung des Ganztagsprogramms sind neben der Schulleitung die Kooperationspartner verantwortlich. Es handelt sich dabei in der Regel um in der Arbeit mit Kindern im Grundschulalter erfahrene Jugendhilfeträger. Sie wirken mit bei der Zusammenstellung eines bedarfsgerechten Ganztagsprogramms und bei der Auswahl der entsprechenden Angebotspartner. Eine verlässliche pädagogische Betreuung der Kinder wird von ihnen sichergestellt. Zu den Aufgaben gehören auch die Reflexion und die konzeptionelle Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes.

Bereits bei der Befragung der Eltern zum Handlungskonzept wurde ein hohes Interesse an einer Teilnahme an Ganztagsangeboten deutlich. Die ursprüngliche Planungszahl von 50 Kindern pro Tag und Schule wird an fast allen Schulen weit übertroffen und liegt im Schuljahr 2011/2012 bei durchschnittlich 81 Kindern. Nach dem Erlass des Niedersächsischen Kultusministeriums „Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagsschule“ müssen alle von den Eltern angemeldeten Kinder aufgenommen werden. Die Angebote werden deshalb entsprechend angepasst.

Die mit den Kooperationspartnern entwickelten Ganztagsangebote werden pro Grundschule aus städtischen Mitteln in Höhe von 85.000 Euro jährlich (bei ca. 50 Kinder täglich) und aus Landesmitteln finanziert, bei höheren Teilnahmezahlen werden die städtischen Mittel aufgestockt. Aufgrund der hohen Teilnahmezahl werden derzeit im Durchschnitt 131.000 € pro Schule aufgewendet. Im Jahr 2012 sind das insgesamt 2,6 Mio. €. Die Feriengebote werden über Elternbeiträge und über den Fachbereich Jugend und Familie finanziert.

„Rucksack in der Grundschule“ - koordinierte Sprachförderung und Elternbildung

Durch die entsprechende Beschlussfassung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zum Haushalt 2008 wurde die Basis für den Einstieg in den Umsetzungsprozess des Programms „Rucksack in der Grundschule“ geschaffen (s. auch Informationsdrucksachen Nr. 0835/2010 und Nr. 0518/2011). Dieses Programm bildet einen Baustein des Konzeptes „Flächendeckende Sprachförderung für Migrantenkinder und Kinder mit Sprachschwierigkeiten“ und ist als wichtiger Handlungsansatz im lokalen Integrationsplan der Landeshauptstadt Hannover verankert. Ziel des Programms ist es, Mütter/ Eltern mit Migrationshintergrund und geringen Deutschkenntnissen in ihrer Sprach- und Erziehungskompetenz zu stärken und dadurch deren Kindern verbesserte Bildungschancen zu ermöglichen.

„Rucksack in der Grundschule“ setzt bei Eltern an, deren Kinder die 1. und 2. Klasse besuchen. Unter Anleitung qualifizierter Elternbegleiterinnen erhalten Mütter/Eltern in der „Rucksack- Elterngruppe“ Anregungen, wie sie ihre Kinder auf dem Weg durch das Bildungssystem begleiten und unterstützen können. Es werden Unterrichtsthemen der Kinder sowie Erziehungsthemen behandelt. Mehrsprachigkeit, Sprachkompetenz und Interkulturalität werden gefördert. Eltern werden Möglichkeiten und Perspektiven eröffnet, wie sie aktiv am Schulgeschehen teilnehmen und mitwirken können (Elternaktivierung).

Zurzeit. nehmen 16 Grundschulen an dem Programm teil, in dem 26 aktive Elternbegleiterinnen mit 28 Rucksack-Elterngruppen tätig sind. Bisher wurden 545 Familien in Hannover über das Programm „Rucksack in der Grundschule“ erreicht. Es werden 29 verschiedene Sprachen in den Rucksack-Elterngruppen gesprochen.
„Rucksack in der Grundschule“ ist in 9 der 13 Stadtbezirke vertreten.

Im Schuljahr 2012/2013 werden 3 weitere Grundschulen das Programm durchführen. In der Qualifizierungsrunde für dieses Schuljahr werden 11 TeilnehmerInnen (10 Frauen und 1 Mann) als Rucksack- ElternbegleiterInnen ausgebildet. Es werden dann voraussichtlich 39-42 Rucksack-Elterngruppen, die von 35- 40 Rucksack- ElternbegleiterInnen geleitet werden, bestehen. Weitere Grundschulen haben Interesse an der Durchführung des Programms bekundet.

Handlungsschwerpunkt Bildungsprofile an außerschulischen Lernorten stärken

Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit in Hannover

Auf der Basis eines öffentlichen Dialogs und Konzeptionierungsprozesses wird für die Kinder- und Jugendarbeit eine Rahmenkonzeption zur sozialräumlich ausgerichteten

bedarfsgerechten Gestaltung und Organisation der Kinder- und Jugendarbeit in Hannover eingeführt (auch DS Nr. 1674/2012).
Die Zielsetzung dieser Neuorganisation ist es, auf Basis neuer Erkenntnisse der Organisationspädagogik eine Struktur für eine moderne und am Bedarf orientierte Förderung und Gestaltung der Kinder- und Jugendarbeit zu einzuführen. Dabei wurden mit allen am Prozess des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in öffentlicher Verantwortung beteiligten Einrichtungen und Diensten neue Wege der Zusammenarbeit und Vernetzung im Sozialraum entwickelt. Auf Basis verbindlicher Kooperationsstrukturen zwischen den Trägern wird durch Verschränkung der Angebote aller Akteursgruppen eine systematisierte Abstimmung von Angeboten wirksam.
Wesentliche Merkmale des sozialräumlich akzentuierten Rahmenkonzeptes der Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit in Hannover sind:

- Einsetzen einer Struktur für eine moderne und am Bedarf orientierte Förderung, Gestaltung und Leistungserbringung der Kinder- und Jugendarbeit
- Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit und Vernetzung im Sozialraum mit allen am Prozess des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen und in öffentlicher Verantwortung beteiligten Institutionen und Diensten
- Abstimmung der Angebote aller Akteure im Sozialraum als Voraussetzung für eine an den Bedarfen der Kinder- und Jugendlichen orientierten Angebotsstruktur
- Herstellen von Verbindlichkeit über Leistungen und Planungssicherheit für die Träger auf der Grundlage von Verträgen
- Transparente Übersicht über Angebote und Ziele sowie Nachvollziehbarkeit des Leistungsangebotes durch ein gemeinsames Berichtswesen
- Dialogische Form der Qualitätssicherung
- Sicherstellung und Weiterentwicklung der Fachlichkeit durch ein gemeinsames, trägerübergreifendes Fortbildungsprogramm
- Die Erstellung eines Konzeptes für stadtweite Angebote als Ergänzung der sozialräumlichen Struktur der Neuorganisation

Nach Abschluss einer Erprobungsphase in drei Stadtbezirken wurde die Abstimmung der Stadtteilkonzepte im Rahmen der Jugendhilfeplanung erprobt.

Fachliche Erkenntnisse der Erprobung sind, dass Jugendliche ein hohes Maß an Mobilität entwickelt. Sie wechseln stärker zwischen den Sozialräumen, Stadtteilen bzw. der Innenstadt und orientieren sich vermehrt an der Attraktivität von Angeboten. Trotzdem reklamieren sie Treffpunkte im eigenen Sozialraum und messen ihnen weiterhin eine große Bedeutung zu. In der wärmeren Jahreszeit beanspruchen sie häufiger den öffentlichen Raum als Treffpunkt.

Für die Angebotsstruktur der Kinder- und Jugendarbeit bedeutet diese Entwicklung die Beteiligung an der Bildungslandschaft Hannovers indem eine Angebotsmischung vorgehalten wird aus

- stadtweiten, qualitativ ansprechenden Angeboten mit Schwerpunktsetzung
- dem Betrieb sozialräumlicher Einrichtungen mit der Verfügbarkeit von Räumen zum Entspannen (chillen), Gruppen- und Interessenangeboten.
- Ausbau der Angebote im öffentlichen Raum in Verbindung mit aufsuchender Jugendarbeit im Sozialraum.

Nach Möglichkeit sind Standorte von Einrichtungen den Mobilitätsinteressen von Jugendlichen anzupassen (bessere Anbindung an ÖPNV) Ebenso müssen die Möglichkeit verbessert werden, Räume in den Einrichtungen nach geschlechtspezifischen Bedürfnissen einzurichten. Zudem sind im Zuge der Genderorientierung, spezifische und qualifizierte Angebote für Jungen zu intensivieren.

Programm Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung findet in vielen Teilbereichen und Institutionen unserer Gesellschaft statt. Eine besondere Aufgabe übernehmen hierbei kulturelle und sozialpädagogische Einrichtungen der außerschulischen Bildung (siehe auch "Bildung in Deutschland 2012", Bundesministerium für Bildung und Forschung).

Die Fachbereiche Jugend und Familie, Bildung und Qualifizierung sowie Bibliothek und Schule fördern im Rahmen des Programms zur Förderung kultureller Bildung Initiativen, Vorhaben und Projekten für und mit Kindern und Jugendlichen mit dem Ziel der Stärkung der Schlüsselkompetenzen und zur Stärkung der elterlichen Mitverantwortung. Erkenntnisse aus diesem Programm werden mittelfristig in reguläre Angebote integriert und dort weiterentwickelt. Die jungen Menschen werden in ihren Lebenswelten erreicht und es werden Gelegenheitsstrukturen für sie zur interessengeleiteten kulturellen Teilhabe und Bildung geschaffen. Damit tragen diese Angebote zur Aktivierung und Gestaltung der städtischen Bildungslandschaft bei.
Durch die Kooperationsbeziehungen im Kontext der kulturellen Bildung zwischen Kultur, Schule und Jugendhilfe entsteht für junge Menschen aus allen Handlungsfeldern ein lebensnahes Verständnis für die Bedeutung kultureller Rezeption.
Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt nach Kriterien, die die Innovation und Qualität des Angebots gewährleisten sollen:

- die Interdisziplinarität im Sinne des Vernetzungsgedankens
- der Einsatz kreativer Ressourcen
- die gestalterische Qualität
- die Übertragbarkeit in andere Bildungskontexte
- die Ausrichtung auf Kinder und Jugendlichen und junge Erwachsene, die bislang kaum oder gar keinen Zugang zu den Angeboten der kulturellen und sozialpädagogischen öffentlichen Einrichtungen haben
- die nachhaltige Wirksamkeit
- die Berücksichtigung vorhandener kultureller schulischer und sozialpädagogischer Strukturen in der Stadt

Gerade durch diese Merkmale und die übergreifende Zusammenarbeit wird die Möglichkeiten kulturellen Ausdrucks nachhaltig gesteigert und damit die Bildung von Kindern und Jugendlichen besonders gefördert.
Für die Fachbereiche Bildung und Qualifizierung sowie Jugend und Familie stehen jährlich insgesamt 260.000 € zur Vergabe von Projektmitteln zur Verfügung. Damit werden durchschnittlich jährlich 15 Projekte gefördert wie beispielsweise musikalische Früherziehung, Lesestart, Zirkusprojekte, Tanzprojekte oder Hip Hop.

Handlungsschwerpunkt Sozialräumliche Bildungs- und Handlungskonzepte

Netzwerke und Bildungslandschaften

Für eine verbesserte Bildungs- und Entwicklungsförderung von Kindern und Jugendlichen sowie für die Unterstützung der Eltern bedarf es neuer bzw. erweiterter Koordinierungs- und Planungsaufgaben, insbesondere in den Bereichen Schule und Jugendhilfe.
Für diese Aufgabe wurden daher in den Fachbereichen Jugend und Familie sowie Bibliothek, Schule, Museen und Kulturbüro Koordinationsstellen eingerichtet.
Die Organisation von Ganztagsgrundschulen, von Bildungsnetzwerken und der Transfers der Ergebnisse des Bildungsplans auf die Ebene der Praktikerinnen und Praktiker in den Stadtbezirken ist ein wesentliches Bestandteil ihrer Aufgaben.
Die Entwicklung von schulischen und sozialräumlichen Handlungskonzepten und darauf aufbauendenden Handlungsoptionen, orientieren sich dabei an den Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen.
Vorhandene Ressourcen werden so abgestimmt, dass Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsungleichheiten abgemildert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser realisiert werden kann.
Auf der Basis des Expertenwissens werden kleinräumig und systematisch soziale Handlungsbedarfe ermittelt: So wird als erstes in der Regel eine sozialräumliche Bestandsaufnahme und Erhebung vorhandener personeller und finanzieller Ressourcen und Angebote vorgenommen. Im zweiten Schritt werden sozialräumliche Bedarfe und Prioritäten gesetzt, die dann in einem dritten Schritt in sozialräumliche Konzepte mit Handlungsvereinbarungen unter den Beteiligten münden.

In den meisten Stadtteilnetzwerken bilden die Einrichtungen und Angebote der städtischen und freien Träger der Jugendhilfe sowie der Grundschulen den Großteil der Netzwerkpartner und das größte Potenzial für bestehende und zukünftige Bildungspartnerschaften.
Im Folgenden werden beispielhaft einige Projekte/ Maßnahmen kurz dargestellt.

- Unterstützung der Grundschulen bei der Einführung zur Ganztagsschule im Rahmen der Konzeptentwicklung und der schulbezogenen Handlungskonzepte zur Gestaltung des Nachmittagsangebotes sowie bei der Umsetzung des Programms.
- Initiierung des Bildungsnetzes Linden-Süd, um Eltern zur Auseinandersetzung mit Erziehungsthemen zu aktivieren. In Kooperation mit verschiedenen Akteuren im Stadtteil wird ein Elterntreff eingerichtet.
- Harmonisierung der Angebote der Mittagstische in Linden Süd bezüglich der Preisgestaltung und des pädagogischen Angebots in Abstimmung mit den unterschiedlichen Anbietern.
- Erarbeitung und Umsetzung eines Eltern-, Bildungs- und Beratungsangebotes im Wohngebiet Gorch-Fock-Str. / Hinrichsring.
- Erarbeitung und Umsetzung einer Kooperationsvereinbarung zwischen einem kommunalen Jugendzentrum und einem kirchlichen Jugendtreff im Rahmen der Neuausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtbezirk Ricklingen.
- Erarbeitung eines interdisziplinären Nutzungskonzeptes für die Stadtteilnutzer in der zukünftigen IGS Mühlenberg.
- Erarbeitung und Umsetzung einer sozialräumlichen Präventionsstrategie zur Verbesserung der Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen in den Stadtteilen Mühlenberg und Wettbergen West im Rahmen des Projektes Communities that Care.

Handlungsschwerpunkt Individuelle Förderung, insbesondere sozial benachteiligter junger Menschen

Programm Schulsozialarbeit

Der Bund hat im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zum Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch Sondermittel- befristet für zwei Jahre- für Schulsozialarbeit bereitgestellt.
Ziel des Programms ist insbesondere, die Förderung der Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringerem Einkommen.
Die Schulsozialarbeit soll den jungen Menschen Zugänge zu Angeboten an Bildung und außerschulischer Teilhabe erschließen und dabei an den Fähigkeiten und individuellen Bedarfe der Kinder und Jugendlichen anknüpfen.
Die Bildungs- und Teilhabeangebote sollen individuell mit den jungen Menschen sowie ihren Lehrerinnen/ Lehrern und Eltern zielgenau bestimmt werden und bei der Überwindung individueller Hindernisse (u.a. Sprachschwierigkeiten, unzureichende schulische Qualifikation), die der beruflichen Integration im Wege stehen, helfen.
Unterstützend steht den SchulsozialarbeiterInnen für jede Schule ein Sachmittelbudget zur Verfügung. Diese eigenen Mittel sollen der sozialpädagogischen Arbeit die Möglichkeit eröffnen, auf der Grundlage der Zielsetzungen des Bildungs- und Teilhabepaketes und der Konzeption zielgruppenspezifische oder themenorientierte Angeboten durchzuführen.
Ausgerichtet an den Fähigkeiten und individuellen Bedarfen der Kinder und Jugendlichen sollen spezifische Angebote zur Verbesserung der persönlichen und sozialen Kompetenzen und zur Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten so gestaltet sein, dass damit junge Menschen auf ganz unterschiedlichen Wegen und in möglichst breiter Form erreicht werden können. Dabei wird Wert darauf gelegt, dass der integrative Faktor- nicht die Aussonderung von Kindern und Jugendlichen- Priorität hat und geschlechtsspezifische Lernmerkmale und Bildungsprozesse berücksichtigt werden.
Seit dem 15. August 2012 arbeiten in 35 Schulen (19 GS, 7 HS, 7 FÖS, 2 IGS) im Stadtgebiet SchulsozialarbeiterInnen (siehe auch DS Nr. 2106/2011). Das Programm endet am 14.8.2014.

Übergangsmanagement Schule/Beruf

Das Übergangsmanagement Schule/Beruf soll die allgemeinbildenden weiterführenden Schulen dabei unterstützen, durch die Einbindung und Verzahnung von Unterstützungssystemen, Projekten und Ressourcen in das schuleigene Netzwerk sowie die Unterstützung bei der Erarbeitung bzw. Weiterentwicklung von Berufsorientierungskonzepten ihre Schülerinnen und Schüler besser auf den Übergang in das Berufsleben vorzubereiten. Insbesondere soll erreicht werden, dass mehr Schülerinnen und Schüler einen allgemeinbildenden Schulabschluss erlangen, die Ausbildungsreife der Schulabgängerinnen und Schulabgänger verbessert wird und dadurch Warteschleifen im Anschluss an die Schulzeit vermieden werden. Ein entsprechendes Konzept wurde vom Rat mit Beschlussdrucksache Nr. 1323/2010 verabschiedet.

Im Rahmen der Umsetzung werden seit Sommer 2011 für alle allgemeinbildenden weiterführenden Schulen Handlungskonzepte erarbeitet. Anhand von Fragebögen und persönlichen Gesprächen sowie vorliegender statistischer Daten werden die vorhandenen Strukturen und Maßnahmen im Rahmen einer Bestandsfeststellung erfasst. Daraus wird nach einer Analyse der Handlungsbedarf ermittelt und die sich daraus ergebenden Handlungsfelder festgelegt (s. auch Informationsdrucksache Nr. 2110/2011). Die Schulen werden bei der Auswahl bedarfsgerechter Maßnahmen unterstützt. Um eine Transparenz der bereits vorhandenen Angebote herzustellen, wird ein Maßnahmenkatalog erstellt, der sich in die Themenbereiche „Schlüsselqualifikationen“, „Berufsorientierung“, „Erreichen des Schulabschlusses“, „Ausbildungsplatzsuche“, Elterneinbindung/Beratungsangebote“ und „sonstige schulbegleitende Angebote“ gliedert.

Gemeinsam mit den Schulen werden Kriterien aufgestellt, anhand derer die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen im Hinblick auf das Maßnahmeziel festgestellt werden kann. Die Ergebnisse fließen in die weitere Arbeit ein.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Verbesserung der Chancen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler gerichtet, unter Berücksichtigung von Genderaspekten.

Zur Erreichung der o. g. Ziele wurden grundsätzliche Themenschwerpunkte gebildet:

- Elterneinbindung
  Eltern spielen in der Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler eine wichtige Rolle. Eine Ausweitung der Elternbeteiligung wird daher als notwendig angesehen. Entsprechende Projekte werden mit den Netzwerkpartnern dazu initiiert.
- Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen
  Es besteht ein Bedarf an der Ausweitung der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen. Kontakte zu den Migrantenorgansiationen werden fortlaufend erweitert und die Entwicklung neuer Maßnahmen für Schulen unterstützt.
- Kooperation mit Berufsbildenden Schulen
  In Zusammenarbeit mit der Region Hannover erfolgt die Initiierung von Kooperationen zwischen den Berufsbildenden Schulen und den allgemeinbildenden Schulen.

Zur Abstimmung städtisch finanzierter und/oder initiierter Maßnahmen und Projekte wurde eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe (mit Vertretungen des Fachbereiches (FB) Soziales, FB Jugend und Familie, FB Bildung und Qualifizierung, FB Steuerung, Personal und Zentrale Dienste, FB Wirtschaft, FB Umwelt und Stadtgrün unter Federführung des FB Bibliothek, Schule, Museen und Kulturbüro) gebildet, die einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch gewährleistet.